

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
07/2015*



Liebe FreundInnen!

In dieser Woche haben wir im Nationalrat einen dreitägigen Sitzungsmarathon absolviert. Dabei haben wir eine Fülle von Gesetzen und Berichten beschlossen. Neben den politischen "Highlights" wie der **Steuerreform** und der **Strafrechtsreform** gab es auch eine intensive Debatte zu Griechenland. Weitere wichtige Beschlüsse haben wir u.a. zu den Themen Bekämpfung von Steuerbetrug/ Kontoeinschau, Crowdfunding und Erbrecht gefasst.

Außerdem kam die Parlamentarische Versammlung – deren Vizepräsidentin ich bin – in Helsinki zu ihrer jährlichen Sitzung zusammen, um über gesamteuropäische Sicherheitsfragen zu diskutieren.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

## Top Themen

---

### Steuerreform – Gerechte Entlastung für mehr als 6 Mio. Menschen

Mit der Steuerreform hat der Nationalrat das wichtigste volkswirtschaftliche und verteilungspolitische Projekt der bisherigen Legislaturperiode beschlossen! Ab dem 1. Jänner 2016 gibt es für die Menschen **mehr Geld im Börse!** Insgesamt **5,2 Mrd. Euro** beträgt die **Entlastung**, von der **über 6 Millionen Menschen profitieren** – besonders jene mit **niedrigen und mittleren Einkommen**. Ein Erfolg der SPÖ. Auch Menschen mit sehr geringem Einkommen und **PensionistInnen** erhalten über die Negativsteuer in Zukunft **mehr Geld zurück**. Gleichzeitig werden **Kaufkraft** und **Wirtschaft gestärkt**.

*"Die Steuerreform zeigt vor allem eines: Die Regierung nimmt die Probleme ernst, übernimmt Verantwortung und findet Lösungen. Die Steuerreform kommt vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und Pensionen zugute. Und sie ist ein wichtiger Konjunkturmotor. Genau das, was Österreich jetzt braucht." – SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder.*

Die **Gegenfinanzierung** setzt sich aus dem **Kampf gegen Steuerbetrug**, **vermögensbezogenen Steuern**, sinnvollen **Einsparungen bei der Verwaltung** und **Konjunkturreffekten** zusammen. Das zentrale **Kontoregister** und die **Kontoeinschau** sind historische Schritte, mit denen Österreich an internationale Regeln anschließt.

- **Berechne Deinen Steuervorteil!**

[Der Steuerrechner sowie alle Infos zur Steuerreform auf https://klub.spoe.at/steuerreform](https://klub.spoe.at/steuerreform)

### Reform für ein modernes Strafrecht

Seit langem fordert die SPÖ, dass die **Balance zwischen (relativ geringen) Strafen bei Delikten gegen Leib und Leben und (relativ hohen) Strafen bei Vermögensdelikten besser werden muss**. Das wurde mit der Reform des Strafrechts erreicht.

So wird die so genannte "**Gewerbsmäßigkeit**", die oft zu langen U-Haftzeiten geführt hat, eingeschränkt, auch bei den Wertgrenzen, die den Strafrahmen bestimmen, kommt es zu Änderungen. Dafür werden die **Strafen für schwere Körperverletzung angehoben**. Weitere Neuerungen betreffen **höhere Strafen bei Tierquälerei**, eine teilweise Entschärfung beim Landfriedensbruch, eine **Verschärfung des**

**Verhetzungsparagrafen** sowie einen neuen **Straftatbestand "Cybermobbing"**. Im **Suchtmittelgesetz** kommt verstärkt das Prinzip **"Therapie statt Strafe"** zum Tragen. Ein wichtiger frauenpolitischer Erfolg sind die neuen schärferen Bestimmungen zur **sexuellen Belästigung** und zur **sexuellen Selbstbestimmung**. Außerdem gibt es Reformen bei der wirtschaftlichen Untreue und im Bilanzrecht.

### **Griechenland braucht kritische Solidarität und Reformprogramm**

**Griechenland** stand im Zentrum einer Debatte am Donnerstag, die **Bundeskanzler Werner Faymann** mit einer Erklärung zur aktuell dramatischen Lage einleitete. Der Kanzler sieht mit kommendem Sonntag die **letzte Möglichkeit für Griechenland**, eine so genannte Brückenfinanzierung und ein neues Programm zu verabschieden. **Gefordert sind nun beide Seiten**: "Zuerst die griechische Regierung: Sie muss etwas vorlegen, das glaubwürdig ist und Vertrauen schafft. Dann die 18 anderen Staaten der Eurozone, um entsprechende Beschlüsse zu fassen." An die Nationalratsabgeordneten appellierte der Kanzler, sich im Falle eines chancenreichen, glaubwürdigen und realistischen Programms auf die Seite der griechischen Bevölkerung zu stellen und dem Programm zuzustimmen: "Ich bitte Sie um eine konstruktive Linie!" **Die FPÖ kritisierte Faymann scharf für ihre destruktive Haltung**: "Ihnen sind die Menschen in Griechenland völlig egal!" Auch **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** kritisierte die "zynische Haltung" der FPÖ, die Griechenland fallen lassen wolle. **Ein Grexit würde die Ärmsten am stärksten treffen. Als gescheitert sieht der SPÖ-Klubobmann die radikale Austeritätspolitik der letzten Jahre**, die Griechenland aufgezwungen wurde. Diese hat zwar zu einem Primärüberschuss im Budget geführt, gleichzeitig ist aber die Wirtschaft eingebrochen und eine "Spirale nach unten" entstanden. "Jeder weiß: Aus einer Krise kann man sich nicht herausparen, sondern nur herauswachsen."

**Notwendig für Griechenland sind "Strukturbereinigungen, Bürokratieabbau und intelligente Investitionen"**, was bisher leider keine, auch nicht die aktuelle Regierung, geschafft hat. "Für mich als Sozialdemokrat ist die Aufbauleistung der EU nach dem Zweiten Weltkrieg so fundamental, dass wir sie nicht aufs Spiel setzen dürfen durch eine Krise wie die aktuelle, die lösbar ist!"

**Die Rede von SPÖ-Klubobmann Schieder zur Griechenland-Krise auf Youtube:**  
<https://youtu.be/Bsx0B5INhZs>

### **Rauchverbot in der Gastronomie kommt**

Bisher lag Österreich beim NichtraucherInnenschutz im europäischen Vergleich an letzter Stelle. Jetzt hat der Nationalrat das Rauchverbot in der Gastronomie beschlossen. Der **NichtraucherInnenschutz tritt mit 1. Mai 2018 in Kraft** – für GastronomInnen, die das Verbot frühzeitig und freiwillig umsetzen, wird es eine steuerliche Prämie in der Höhe von 30 Prozent für getätigte Umbauinvestitionen geben. Bei

erstmaligen Verstößen gegen das Rauchverbot drohen WirtInnen bis zu 2.000 Euro, den RaucherInnen bis zu 100 Euro Strafe. **Die Regelung gilt für alle öffentlichen Orte, wo Speisen und Getränke hergestellt, verarbeitet, verabreicht oder eingenommen werden** - z.B. Feuerwehresten, Festzelte, Mehrzweckräumlichkeiten sowie schulische Einrichtungen und Freiflächen, in denen Kinder und Jugendliche beaufsichtigt und beherbergt werden.

*"Der Schutz gefährdeter Zielgruppen – Kinder, chronisch kranke Menschen, Beschäftigte in der Gastronomie – muss an oberster Stelle stehen. Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn täglich Menschen an den Folgen des Rauchens und Passivrauchens sterben."* – **SPÖ-Gesundheitssprecher Erwin Spindelberger.**

[Die Rede von Erwin Spindelberger zum Nichtraucherschutz auf Youtube: https://youtu.be/Bsx0B5INhZs](https://youtu.be/Bsx0B5INhZs)

## **Alle Beschlüsse und Berichte**

---

### **NR-Sitzung vom 07. Juli 2015**

#### **Änderung bei der KEST ([748 d.B.](#))**

Das Gesetz schafft mit Verfassungsmehrheit die Möglichkeit, zwei verschiedene Steuersätze zur Kapitalertragssteuer (KESt) vorzusehen. Im Zuge der Steuerreform werden künftig Erträge aus Sparbüchern und Girokonten weiterhin mit 25% besteuert, alle anderen Kapitalerträge aber mit 27,5%.

#### **Aktiv gegen den Steuerbetrug ([749 d.B.](#))**

Mit der Steuerreform werden weitere Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug gesetzt: Es wird ein zentrales Kontoregister eingerichtet, das ausweist, wer welche Konten besitzt. Wenn es Zweifel an der Richtigkeit der Steuer-Angaben gibt, wird es den Finanzbehörden möglich sein, in Konten Einschau zu halten. Innerhalb von drei Tagen prüft ein Richter, ob die formalen Voraussetzungen für die Konteneinsicht vorliegen.

#### **Steuerreform – ArbeitnehmerInnen werden entlastet ([750 d.B.](#)) – s. Top-Themen**

### **Einlagensicherung ([751 d.B.](#))**

Mit dem Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten wird eine entsprechende EU-Richtlinie umgesetzt. Die nationalen Einlagensicherungssysteme in Österreich sichern jedem Kunden pro Bank mit 100.000 Euro ab. Unter bestimmten Umständen werden zeitlich begrenzt Einlagen bis zu 500.000 Euro gedeckt (z.B. wenn die Einlagen gesetzlich vorgesehene soziale Zwecke wie z.B. Pensionsanträge erfüllen).

### **Einheitlicher Anlegerschutz ([752 d.B.](#))**

Eine EU-Richtlinie, die mit Änderungen u.a. beim Börsegesetz umgesetzt wird, sieht verbesserte Regeln zum Anlegerschutz in Europa vor.

### **Strengere Regeln für Investmentfonds ([753 d.B.](#))**

Strengere Vorgaben für Investmentfonds hinsichtlich Bezahlung der Vorstände und in Bezug auf das Risikomanagement bringen Änderungen beim Investmentfondsgesetz und beim Immobilien-Investmentfondsgesetz.

### **Steuer-Abkommen mit Mauritius ([754 d.B.](#))**

Das Abkommen behandelt den Informationsaustausch zwischen Österreich und der Republik Mauritius in Steuerfragen.

### **Reform des Erbrechts ([718 d.B.](#))**

Die Bestimmungen zum Erbrecht stammen größtenteils aus der Fassung von 1811, mit dem Erbrechts-Änderungsgesetz wird den demographischen und sozialen Entwicklungen Rechnung getragen: So wird die Stellung von Lebensgemeinschaften gestärkt; Pflege, die ein/e nahe/r Angehörige/r für den/die Verstorbene/n zu Lebzeiten geleistet hat, soll erbrechtlich berücksichtigt werden. Der Anspruch auf einen Pflichtteil für die Eltern eines/r Verstorbenen entfällt.

### **Strafrechts-Reform ([728 d.B.](#)) – s. Top-Themen**

### **Urheberrecht Neu ([687 d.B.](#))**

Die Reform des Urheberrechts ist ein Kompromiss zwischen den Interessen von KünstlerInnen, Verwertungsgesellschaften, KonsumentInnen, Wirtschaft etc. Schwerpunkt der Novelle ist der gerechte finanzielle Ausgleich für Privatkopien. Die

bisherige "Leerkassettenvergütung" ist überholt, künftig gibt es eine Abgabe auf Speichermedien. Der Gesamtbetrag aus der Speichermedienvergütung – er wird über Verwertungsgesellschaften an die UrheberInnen (KünstlerInnen) verteilt – ist jährlich mit 29 Mio. Euro begrenzt.

### **Auslieferungsabkommen mit Brasilien ([719 d.B.](#))**

Die Auslieferung von Personen, die dank der guten polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Brasilien ausgeforscht werden können, soll durch das Abkommen mit Brasilien gesichert und wesentlich erleichtert werden.

### **Kinderrechtskonvention – Zurückziehung österreichischer Vorbehalte ([720 d.B.](#))**

Bei der Ratifikation der Kinderrechtskonvention hatte Österreich Vorbehalte zu einigen Artikeln eingelegt. Diese Vorbehalte werden nun zurückgezogen und damit ein klares Bekenntnis Österreichs zur vollen Umsetzung der Kinderrechtskonvention abgelegt.

### **Änderungen für Rechtsanwälte und in der Gerichtsorganisation ([721 d.B.](#))**

Mit der Novelle u.a. zur Zivilprozessordnung werden Änderungen bei Gerichtsverfahren sowie für die Justizverwaltung fixiert.

### **Reform des Weisungsrechts ([732 d.B.](#))**

Die Änderung im Staatsanwaltschaftsgesetz reformiert das Weisungsrecht des Justizministers. Soll eine Weisung erteilt werden oder auch bei Fällen von besonderem öffentlichen Interesse, muss der Minister den Fall dem Weisungsrat (bestehend aus dem Generalprokurator und zwei weiteren Mitgliedern) zur Beratung vorlegen. Gleichzeitig wird die Berichtspflicht des Staatsanwaltes präzisiert und verringert, um Verfahren zu beschleunigen.

### **"Crowdfunding" – neue Finanzierungsmöglichkeiten für KMU ([654 d.B.](#))**

Das Gesetz über alternative Finanzierungsformen ("Crowdfunding") schafft eine neue Finanzierungsschiene für Klein- und Mittelunternehmen. Wesentliche Änderungen: Erst ab einem Emissionsvolumen von 5 Mio. Euro ist ein aufwendiger Kapitalmarktprospekt erforderlich. Zwischen 1,5 Mio. Euro und 5 Mio. Euro Emissionsvolumen ist in Hinkunft lediglich ein vereinfachter Prospekt notwendig. Ein Investor kann pro Projekt maximal 5.000 Euro im Jahr investieren; diese 5.000-Euro Grenze



kann überschritten werden, wenn der Investor im Monat mehr als durchschnittlich 2.500 Euro netto verdient.

### **Wissenschaftsfonds-Novelle ([722 d.B.](#))**

Die Novelle des Forschungs- und Technologieförderungsgesetzes bringt eine klare Aufgabenverteilung bei den Organen des Wissenschaftsfonds.

### **Antrag zur Open Innovation Strategie ([723 d.B.](#))**

Eine Open Innovation Strategie soll die Forschungsstrategie der Bundesregierung dahingehend unterstützen, dass Innovationsprozesse offen dargestellt werden mit dem Ziel, die Zusammenarbeit von Unternehmen zu fördern und generell die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu heben.

### **NR-Sitzung vom 08. Juli 2015**

**Rauchverbot in der Gastronomie ([734 d.B.](#)) – s. Top-Themen**

### **Ärztegesetz ([735 d.B.](#))**

Derzeit wird aus der Ärzteliste gestrichen, wer seinen Beruf länger als sechs Monate nicht ausübt. Mit der Novelle werden nun Ausnahmen definiert, bei denen es nicht zum Erlöschen der Berufsberechtigung kommt: Krankheitsbedingte Nichtausübung, Mutterschutz, Karenz etc.

### **Gentechnik-Verbot wird fixiert ([744 d.B.](#))**

Mit dem Gesetz bleibt Österreich weiter gentechnikfrei. Die EU gibt ja den Mitgliedstaaten das Recht selbst zu entscheiden, ob sie den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zulassen wollen. Österreich kann sein Staatsgebiet künftig schon bei der EU-weiten Zulassung genmanipulierter Pflanzen ausnehmen lassen.

### **Teilpension – länger im Job bleiben können ([767 d.B.](#))**

Mit der Teilpension soll (ähnlich wie bei der Altersteilzeit) älteren ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit gegeben werden, länger im Erwerbsleben zu bleiben. Wer Anspruch auf Korridorpension hat (ab 62), kann seine Arbeitszeit um 40 bis 60 Prozent reduzieren. Für Gehaltseinbußen gibt es einen 50-prozentigen Lohnausgleich vom Arbeitgeber, der diesem ersetzt wird. Die Sozialversicherungsabgaben werden in voller Höhe weiter geleistet, sodass auch die Pensionshöhe bis zum Antrittsalter weiter steigt.

### **Sozialbetrugsbekämpfung – Maßnahmen gegen Scheinfirmen ([770 d.B.](#))**

Mit dem Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz wird Scheinfirmen der Kampf angesagt. So wird die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden verbessert. Es wird geregelt, wie Scheinfirmen identifiziert werden. Liegt ein Verdacht auf Sozialbetrug vor, müssen die Firmen innerhalb von sieben Tagen entsprechende Unterlagen vorlegen. Das Gesetz enthält außerdem Instrumente gegen den Missbrauch mit e-cards. Künftig soll bei PatientInnen, die dem Krankenhaus oder dem Arzt nicht bekannt sind, eine Ausweiskontrolle durchgeführt werden. Im Verdachtsfall könnte die Sozialversicherung auch Testpatienten zur Überprüfung der Verrechnung ärztlicher Leistungen ausschicken ("Mystery Shopping").

### **Alternative Streitbeilegung stärkt KonsumentInnenrecht ([772 d.B.](#))**

Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt. Es geht um ein flächendeckendes Netz alternativer Streitschlichtungsstellen für KonsumentInnen. VerbraucherInnenrechte werden damit gestärkt, die Gerichte entlastet. Der Zugang zur Schlichtungsstelle soll in der Regel kostenlos sein, zulässig ist ein geringer Beitrag zu Verfahrenskosten.

### **Assoziierungsabkommen mit Georgien, Moldau und der Ukraine ([756 d.B./757 d.B.](#) /[758 d.B.](#))**

Die Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den drei osteuropäischen Staaten sollen mehr Handel und mehr politische Kooperation bringen. Enthalten sind auch Bestimmungen zur schrittweisen Angleichung der Rechtsstandards an die der EU. Beschlossen wurde außerdem ein Entschließungsantrag, der den Außenminis-



ter auffordert, für die Einhaltung des Minsker Abkommens seitens der Ukraine und Russlands auf allen Ebenen einzutreten.

### **Abkommen mit Bulgarien und Guyana ([759 d.B./760 d.B.](#))**

Ein Kultur- und Bildungsabkommen mit Bulgarien verstärkt die bilaterale Zusammenarbeit in diesen Bereichen. Ein weiteres Abkommen zwischen Österreich und Französisch-Guyana ermöglicht es österreichischen SoldatInnen, Ausbildungen und Übungen für die Klimazone Dschungel in diesem französischen Überseegebiet durchzuführen.

### **Entschließungsantrag zu Südtirol ([761 d.B.](#))**

In einem gemeinsamen Antrag von SPÖ, ÖVP und Neos wird der Außenminister aufgefordert, die österreichische Außenpolitik zur Unterstützung der Südtirol-Autonomie weiterhin im Sinne der österreichischen Schutzfunktion auszurichten.

### **Für erfolgreichen Abschluss der Atomverhandlungen mit dem Iran ([762 d.B.](#))**

Der von der SPÖ initiierte Antrag zielt auf die aktuell in Wien laufenden Verhandlungen über die Beschränkung des iranischen Atomprogramms. Der österreichische Außenminister soll mit Nachdruck für einen erfolgreichen Abschluss eintreten, ebenso für die Wahrung der Menschenrechte sowie gegen die Unterdrückung der Frauen im Iran.

### **Gentechnik-Verbot: Rahmengesetz ([673 d.B.](#))**

Sollte ein Konzern darauf bestehen, eine gentechnisch veränderte Pflanze in Österreich anzubauen, erleichtert das Rahmengesetz den Informationsfluss zwischen Bund und Ländern, um die in diesem Fall notwendigen Begründungen für Anbauverbote zu erarbeiten, die von den Ländern erlassen werden.

## **Marktordnung – Schnellere Verfahren ([765 d.B.](#))**

Marktordnungsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht sollen beschleunigt werden. Damit soll die große Zahl der Anträge, die mit der Neubemessung der Almflächen zusammenhängen, für das Gericht bewältigbar sein.

## **Bericht über Wildschäden ([766 d.B.](#))**

Der Wildschadensbericht wird künftig bis zum September jeden Jahres dem Nationalrat vorgelegt und dort behandelt. Der Bericht informiert über die Auswirkungen der derzeit steigenden Verbiss- und Wildschäden.

## **Umweltunfälle ([711 d.B.](#))**

Mit einer Novelle zum Umweltinformationsgesetz wird u.a. die Seveso III-Richtlinie der EU zum Verhalten bei Umweltunfällen umgesetzt. Betreiber von Anlagen müssen u.a. über ihre Vorkehrungen gegen Unfälle und ihr Verhalten bei schweren Unfällen im Internet informieren, und der Zugang zu Umweltinformationen für BürgerInnen wird verbessert.

## **Klimaschutz – Novelle des Emissionszertifikatgesetzes ([710 d.B.](#))**

Der Nationalrat hat das Emissionszertifikatgesetz geändert und damit an eine EU-Verordnung angepasst. Unter anderem wird die Beteiligung von Flugzeugbetreibern am Zertifikatehandel für Treibhausgasemissionen auf Flügen innerhalb Europas beschränkt.

## **Kyoto-Abkommen – 20 Prozent weniger Treibhausgase ([713 d.B.](#)/[714 d.B.](#))**

Im Rahmen der Klimakonferenz in Doha 2012 wurden Änderungen des Kyoto-Klimaprotokolls beschlossen, die nunmehr vom Nationalrat angenommen wurden. Die EU und ihre Mitglieder haben sich verpflichtet, gemeinsam ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Eine Zustimmung des Nationalrats gab es auch zu einer Vereinbarung zwischen der EU und Island zu den Zielen von Doha.

## **Klarstellungen im Chemikalienrecht ([712 d.B.](#))**

Das österreichische Chemikalienrecht wird an die europäische Regelung angepasst. Ab 1. Juni gelten für Stoffe und Gemische neue Einstufungs- und Kennzeichnungsbestimmungen. Gifte dürfen nur an Privatpersonen abgegeben werden, die eine Berechtigung dafür haben.

## **Bienenschutz ([716 d.B.](#))**

Der Umweltminister wird in einem Antrag aufgefordert, über die Bedeutung von Wiesenflächen für den Bienenschutz zu informieren und deren Erhalt zu fördern.

## **Zertifizierung von Deutschkursen ([774 d.B.](#))**

Deutschkurse als Voraussetzung für eine Aufenthaltsberechtigung müssen offiziell zertifiziert, also anerkannt und evaluiert werden. Zuständig dafür ist der Integrationsfonds. Mit dieser Novelle des Aufenthaltsgesetzes wird der Integrationsfonds dem Weisungsrecht des Innenministeriums unterstellt.

## **NR-Sitzung vom 9. Juli 2015**

## **Gemeinsame LehrerInnenausbildung ([746 d.B.](#))**

Eine Novelle des Bildungsdokumentationsgesetzes schafft Voraussetzungen für die gemeinsame Ausbildung der LehrerInnen. Spätestens ab dem Wintersemester 2016/2017 starten zwischen Pädagogischen Hochschulen (PH) und Universitäten gemeinsam eingerichtete Studien für die Sekundarstufe (Allgemeinbildung). Um einen reibungslosen Ablauf der gemeinsam eingerichteten Studien zu ermöglichen, wird ein gemeinsamer Datenverbund zwischen PH und Universitäten eingerichtet. Durch eine Schulnovelle wird außerdem aus Schulbezeichnungen der Begriff "schwerstbehindert" gestrichen und in "für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf" umbenannt. "Schulen für Fremdenverkehrsberufe" werden in "Schulen für Tourismus" umbenannt.

## **Zentralmatura für Schulen für Berufstätige ([747 d.B.](#))**

Die Zentralmatura wird 2017 auch auf Schulen für Berufstätige, Kollegs etc. ausgedehnt und gilt dann auch für die Berufsreifeprüfung.

### **Stärkung der Holding durch Bundestheater-Reform ([708 d.B.](#))**

Die Basisabgeltung der Bundestheater wird ab 1. Jänner 2016 um 14 Mio. Euro auf knapp 163 Mio. Euro erhöht, die Bestellung der kaufmännischen Geschäftsführung der Theater liegt künftig beim Kulturminister ebenso wie die Entscheidung über die Aufteilung der Mittel. So lauten die wesentlichsten Änderungen im Bundestheaterorganisationsgesetz. Durch die Novelle wird auch die Stellung der Bundestheater-Holding gegenüber den Theatern – Staatoper, Volksooper und Burgtheater – in wirtschaftlicher und koordinativer Hinsicht gestärkt. Das entspricht auch der Empfehlung externer Berater, welche die Organisationsstruktur der Bundestheater in Folge der Malversationen beim Burgtheater durchleuchtet haben.

### **Kunstförderung ([709 d.B.](#))**

Eine Ergänzung im Kunstförderungsgesetz ermöglicht dem Bundeskanzleramt die Festlegung von Sitzungsgeldern und Reiseauslagenersatz für Mitglieder von Beiräten und Jurys im Bereich der Kunstförderung.

### **Bericht zur Bundestheater-Holding ([649 d.B.](#))**

In acht Sitzungen seit November 2014 behandelte ein Unterausschuss des Rechnungshofausschusses die Bundestheater-Holding sowie den zugehörigen Rechnungshofbericht. Die Bundestheater-Holding ist eine bewährte Struktur zur Steuerung des Bundestheater-Konzerns, ihre Rolle muss in Zukunft jedoch gestärkt werden, insbesondere im Bereich der Kontrolle, hält der Bericht des Ausschusses fest. Weiters wurde keine unzureichende Wahrnehmung der Führungsaufgaben bei den Bundestheatern festgestellt. Die Holding hat auf eine rasche Behebung der Zustände im Burgtheater gedrängt, das Kulturressort seine Kontrollaufgabe wahrgenommen. Die politische Verantwortung ist von Machenschaften zu unterscheiden, mit deren Klärung nun Gerichte beschäftigt sind.

### **Rundfunkpaket ([700 d.B.](#))**

Ein Gesetzespaket für den öffentlichen und privaten Rundfunk bringt verschiedene bürokratische Erleichterungen sowohl für den ORF als auch für private elektronische Medien. Unter anderem haben Privatradios künftig die Möglichkeit, technisch und administrativ in einem "Funkhausbetrieb" zusammenzuarbeiten. Für den ORF bringt das Rundfunkpaket Präzisierungen beim sogenannten "Reminder-Verbot" (Unzulässigkeit von Sponsor-Hinweisen während einer Sendung). Wenn der ORF Werbeschaltungen bei zugekauften TV-Formaten (z.B. Logos bei Sportveranstaltungen) nicht verändern kann, sieht die Novelle eine Ausnahme vom Reminder-Verbot vor.

## Bürgerinitiativen zu TTIP ([725 d.B.](#))

In einem Sammelbericht werden eine Petition und zwei Bürgerinitiativen zum EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP behandelt. Die BürgerInneninitiativen fordern u.a. Transparenz in den Verhandlungen und ausreichend Information der Bevölkerung. Ein Pakt, der Arbeitnehmerrechte oder Umwelt- und Konsumentenschutz aushebelt, soll verhindert werden.

## Sammelbericht des Petitionenausschusses ([726 d.B.](#))

Der Bericht gibt Überblick über die Petitionen und Bürgerinitiativen, die sich im parlamentarischen Prozess befinden. Einige Bürgerinitiativen wurden dem zuständigen Fachausschuss zugewiesen, darunter die Forderung nach Legalisierung von Cannabis, eine Bürgerinitiative zu Tierschutz sowie zu mehr Vorbereitungsstunden für die Zentralmatura.

## Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Müssen Rückkehr der nuklearen Abschreckung in Europa verhindern \(08.07.2015\)](#)

[Muttonen: Datenschutz in Österreich darf nicht verringert werden \(30.06.2015\)](#)

## 24. Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Helsinki



Vom 05.-09. Juli fand in Helsinki die jährliche Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSZE-PV) statt, an der ich sowohl als Leiterin der österreichischen Delegation und als Vize-Präsidentin der Versammlung teilgenommen habe.

Neben der Krise in der Ostukraine standen unter anderem die Flüchtlingsfrage, Rüstungskontrollen und der Klimawandel auf der Tagesordnung. Mir war es besonders wichtig, dass sich die

OSZE-PV auf dieser Sitzung eindeutig gegen die jüngsten atomaren Machtspiele von Russland und NATO stellt und zur nuklearen Abrüstung aufruft. Dieses Ziel habe ich erreicht. Meine Anträge zu diesem Thema wurden mit großer Mehrheit von den anwesenden Abgeordneten angenommen.

Für große Diskussionen sorgte die Entscheidung der finnischen Regierung, Teilen der russischen Delegation, die auf der EU-Sanktionsliste stehen, das Einreisevisum zu verweigern. Daraufhin war die gesamte russische Delegation der Versammlung ferngeblieben. Ich habe das finnische Vorgehen kritisiert, weil es meiner Meinung nach gegen die gängige Praxis bei internationalen Organisationen verstößt und auch der Grundidee der OSZE widerspricht, nämlich über den Dialog mit allen Konfliktpartnern zu friedlichen Lösungen zu kommen. Und mit wem sollten wir denn über die Lösung der Krise in der Ostukraine reden, wenn nicht mit den russischen Abgeordneten? Ich habe mich daher auch enthalten, als eine Resolution verabschiedet wurde, die Russland wegen Verstößen gegen OSZE-Bestimmungen in Bezug auf die Ukraine kritisiert, weil ich finde, dass die russische Delegation eine Chance hätte erhalten müssen, ihre Sicht der Dinge vorzutragen.

- Nähere Informationen über die Sitzung der OSZE-PV findet Ihr – leider nur auf Englisch - [hier](#).
- Meine Rede zu den von mir eingebrachten Anträgen zur nuklearen Abrüstung gibt es [hier](#).
- Meine Rede zur Verweigerung von Einreisevisa an russische Delegierte findet ihr ab Minute 20,48 auf diesem [Video](#).
- Folgend auch zwei österreichische Pressemeldungen über die Sitzung der OSZE-PV:

### **Ein schwerer Schlag für den "Geist für den Helsinki"**

Utl.: Kritik an Finnlands Entscheidung, russischen Delegierten Visa zu verweigern - Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gilt als gescheitert (Von Herwig Höller/APA) =

Helsinki/Wien (APA) - 40 Jahre nachdem Ost und West in der finnischen Hauptstadt die "Schlussakte von Helsinki" unterschrieben haben, hätte diese große Tradition dieser Tage mit einer Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE fortgesetzt werden sollen. Mit dem Fernbleiben Russlands gilt diese Bemühung jedoch als gescheitert. Gleichzeitig hat auch Helsinkis Ruf als Ort des Dialogs Kratzer bekommen.

Die Entscheidung der finnischen Regierung, sechs russischen Abgeordneten mit Verweis auf EU-Sanktionen die Einreise nach Finnland zu verweigern, wird von Parlamentsvertretern aus den zahlreichen OSZE-Mitgliedstaaten in Helsinki kritisiert. Von der APA befragte Delegierte lassen auf eine diesbezügliche Mehrheit schließen. Die finnische Visa-Verweigerung hatte zu einem russischen Boykott der bis Donnerstag tagenden OSZE-Parlamentarier-Sitzung geführt.



"Aufgrund der Abwesenheit unserer russischen Kollegen ist dieser Abänderungsantrag nicht mehr gültig", avancierte zu einem häufigen Satz bei den Plenarverhandlungen, die bis Donnerstag in Alvar Aaltos berühmter Finlandia-Halle in Helsinki stattfinden.

**"Das ist wirklich bedauerlich, und Finnland hat hier einen Fehler gemacht", meint die Nationalratsabgeordnete und österreichische Delegationsleiterin in Helsinki, Christine Muttonen (SPÖ). Überall werde vom "Spirit of Helsinki" gesprochen und die Unterzeichnung der Schlussakte vor 40 Jahren sei ein Ereignis gewesen, an das man hätte anknüpfen wollen, erklärt sie gegenüber der APA. Das Thema Ukraine stehe im Vordergrund, das könne jedoch nicht in einem Monolog, sondern nur im Dialog diskutiert werden, meint sie. "Diese Konferenz hätte ein großer Erfolg werden sollen. Das ist ihr aber jetzt nicht beschieden", betont Muttonen.**

Man mache 'Business as usual', aber die Konferenz habe ihre Bedeutung völlig verfehlt, sekundiert FPÖ-Nationalrat Roman Haider. "Es ist völlig unverständlich, was die finnische Regierung geritten hat, die Russen nicht einreisen zu lassen", sagt der Delegierte zur APA. "Das ist absurd", bedauert auch Wiktor Guminski, der Leiter der weißrussischen Delegation: Russland, das in Europa eine Schlüsselrolle spiele, könne seine Position nicht mehr zum Ausdruck bringen.

Während der schwedische Delegierte Gönar Pettersson, dessen Heimat als scharfer Kritiker von Russlands russischer Politik gilt, gegenüber der APA zumindest von einer "unglücklichen Situation für Finnland" und einer "mislungenen Party" spricht, unterstützt der ukrainische Delegationsleiter Artur Herassimow die Entscheidung Helsinkis. Er beschuldigt jene russischen Abgeordneten, die ohne Probleme anreisen hätten können, den Dialog zu verweigern. Ein russischer Vertreter war am ersten Tag der Veranstaltung kurz aufgetaucht, um an Ort und Stelle zu verkünden, dass Russland die Ergebnisse der Sitzung nicht anerkennen werde.

Wie es genau zur Entscheidung der finnischen Regierung gekommen war, blieb indes unklar - das Außenministerium in Helsinki verweigerte auch gegenüber der APA detaillierte Auskünfte. Fest steht, dass der russische Parlamentspräsident Naryschkin und fünf weitere Delegationsmitglieder sich im Zusammenhang mit der Ukraine auf EU-Sanktionslisten finden und mit einem Einreiseverbot belegt sind. Gleichzeitig waren Ausnahmegewilligungen möglich - Naryschkin reiste trotz Sanktionen im April 2014 nach Paris. Vor ihrer Entscheidung hatte die finnische Regierung EU-Mitgliedstaaten konsultiert und dem Vernehmen nach von Estland, Lettland und Rumänien negative Stellungnahmen zur Einreise der sanktionierten Russen erhalten.

Gesprächspartner der APA brachten die Nichterteilung einer Ausnahmeerlaubnis mit traditioneller finnischer Regeltreue in Zusammenhang. Aber selbst über einen Zusammenhang mit der seit der Sommersonnenwende laufenden Urlaubssaison, die zur Abwesenheit erfahrener Experten hätte führen können, wurde in Helsinki spekuliert.

Denn dass Russland ein Einreiseverbot für den Parlamentspräsidenten nicht so einfach hinnehmen würde, war prognostizierbar gewesen und auch dass Möglichkeiten zur Diskreditierung des "Spirit of Helsinki" aus aktueller Sicht Moskaus durchaus willkommen sein könnten. 1975 hatte sich die Sowjetunion in der "Schlussakte von Helsinki" unter anderem auch verpflichtet, in der Zukunft keinen Anschlag auf die Grenzen von Teilnehmerstaaten zu verüben und ihre territoriale Integrität zu achten.

Diese Selbstverpflichtung gilt auch für die Russische Föderation und auch in Bezug auf die Ukraine, die im vergangenen Jahr de facto einen Teil ihres Territoriums an Russland verloren hat. (Schluss) hgh/vib/ar

## **Parlamentarische Versammlung der OSZE nahm Anti-Moskau-Resolution an**

Utl.: Westeuropäische Delegierte plädierten gegen Abstimmung Helsinki (APA) -

Nach hitzigen Debatten hat die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Mittwochnachmittag in Helsinki eine Resolution angenommen, in der russische Verstöße gegen OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die Ukraine heftig kritisiert werden.

Insbesondere Parlamentarier aus westeuropäischen Ländern waren mit Verweis auf die Abwesenheit russischer Delegierter gegen einen derartigen Beschluss aufgetreten. Bei nur sieben Gegenstimmen und 32 Enthaltungen stimmten letztlich 96 Delegierte für die Resolution "Die Fortsetzung klarer, grober und unkorrigierter Verletzungen der OSZE-Verpflichtungen und internationaler Normen durch die Russische Föderation". Die ukrainische Delegation, die in den letzten Tagen eifrig Lobbying für die Resolution betrieben hatte, feierte den Beschluss als Sieg.

Parlamentarier aus Schweden, Litauen und anderen Staaten, die für ihre russlandkritische Haltung bekannt sind, hatten das Vorhaben unterstützt. Vertreter aus Armenien, Frankreich, Italien und der Schweiz waren aus grundsätzlichen Erwägungen gegen einen Beschluss ohne russische Präsenz in der Parlamentarier-Versammlung aufgetreten. Nachdem Finnland sechs russischen Parlamentariern, die sich auf der EU-Sanktionsliste befinden, die Einreise verweigert hatte, boykottierten russische Vertreter die Sitzung in Helsinki.

Österreichische Vertreter stimmten unterschiedlich: FPÖ-Nationalrat Roman Haider stimmte gegen die Resolution, **seine SPÖ-Kollegin Christine Muttonen enthielt sich der Stimme. Sie übte Kritik an der Entscheidung der finnischen Regierung, Teilen der russischen Delegation die Einreise zu verweigern. "Dies entspricht nicht der Praxis bei Internationalen Organisationen und widerspricht auch dem Kerngedanken der OSZE. Mit wem sollen wir denn über Lösungen für die Sicherheitskrise in Osteuropa reden, wenn nicht mit den russischen Abgeordneten", wurde sie in einer Aussendung zitiert.**

Einer der Punkte der Ukraine-Resolution, in dem Besorgnis über russische Ankündigungen zu einer möglichen Stationierung von Nuklearwaffen auf der von der Ukraine annektierten Krim zum Ausdruck gebracht wurde, war bereits am Dienstag implizit auch in einem Beschluss thematisiert worden, den die österreichische Delegationsleiterin Muttonen angeregt hatte. Auf Initiative der SPÖ-Politikerin hatte die Parlamentarische Versammlung der OSZE zur nuklearen Abrüstung aufgerufen sowie alle Mitgliedstaaten der Organisation aufgefordert, durch die Rücknahme von Alarmstufen und einen Verzicht zu Erstschlagstrategien das Risiko eines Nuklearkriegs zu verringern. (Schluss)  
hgh/mri/kun

## Diskussion: Die nukleare Bedrohung: Europa und der Mittlere Osten



Um die Aufmerksamkeit der OSZE-PV stärker auf die wiederkehrende Bedrohung durch Nuklearwaffen in Europa zu richten, habe ich nicht nur entsprechende Anträge in die Sitzung eingebracht. Am Mittwoch habe ich auch

eine gut besuchte Diskussionsrunde geleitet, auf der wir über die zunehmenden nuklearen Muskelspiele in Europa und die Atomverhandlungen mit dem Iran geredet haben. Dabei ging es auch darum gemeinsam zu überlegen, was die OSZE-PV machen kann, um ein größeres öffentliches Bewusstsein für diese Gefahr zu schaffen und um bei den Vereinten Nationen endlich umfassende Abrüstungsgespräche zu erreichen.

### Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)